

Dienstag den 13. März 1849.

Das gegenwärtige Ministerium

ist trotz seiner volksfreundlichen und freisinnigen Handlungen fortwährenden Anfeindungen und Verdächtigungen ausgesetzt, so daß sich Staatsrath Römer veranlaßt sah, nachstehende Erklärung an den Landes-Ausschuß in Stuttgart ergeben zu lassen:

Stuttgart, den 4. Dezember. Die Nummer 52 des Beobachters enthält zwei Angriffe, den einen auf das württembergische Marzministerium, den andern auf mich. — Da der Grund derselben, nämlich die mit der Veröffentlichung der Schorndorfer Vertrauens-Adresse verbundene Behauptung: „daß die Volksvereine in Württemberg in feindlicher Absicht gegen das Marzministerium errichtet und organisiert werden“ einzig und allein von mir ausgeht, obwohl sie auch von meinen Kollegen getheilt sind, so versteht es sich von selbst, daß ich diese meine Behauptung auch allein verrete. Ich laugne nicht, daß mir die Veranlassung höchst willkommen ist, klar zu sprechen und ohne Rückhalt. Die Herren des Landes-Ausschusses, von denen der erste Angriff ausgeht, erblicken in meiner Behauptung eine feindselige Tendenz gegen die Entwicklung des Vereinswesens überhaupt und gewinnen auf diese Weise den auf das Ministerium geschleuderten Vorwurf der Inkonsequenz, weil sich dasselbe früher für das Vereins- und Versammlungsrecht entschieden ausgesprochen hat. Wie aber aus der Bezeichnung der Tendenz eines Vereins der Schluß gezogen werden mag, man betrachte die Vereine mit ungunstigen Augen, ist mir unbegreiflich. Würde überdies der Landes-Ausschuß, wie sich die Regierung im Laufe der letzten Monate hinsichtlich des Vereinswesens gegen von Außen kommende Zumuthungen benommen hat, so würde er eine so verlesende Folgerung nicht gezogen haben. Der Landes-Ausschuß halt mir die Aufhebung des demokratischen Kreisvereins entgegen. Dieser Akt ist mir fremd. Wenn man aber bedenkt, daß die Statuten des Kreisvereins dahin lauten, seine Bestrebungen werden in der demokratischen Republik nur annähernd verwirklicht, und wenn man sieht, wie einige Gründer desselben kurze Zeit darauf sich an die Spitze einer revolutionären Bewegung stellten, um die Regierung mit den Waffen in der Hand zu demokratischen KonzeSSIONen zu zwingen, oder mit andern Worten, um die Republik einzuführen, so wird man das dem demokratischen Kreisvereine bereitere Ende nicht mehr so unnatürlich finden. Eine weitere unrichtige Folgerung des Landes-Ausschusses, so wie des Herrn Becher, welcher letzterer mich mit einem besondern Sendschreiben im Beobachter bedacht hat, besteht darin, daß man in jener meiner Behauptung die Ansicht ausgedrückt findet, es handle sich von einer feindseligen Tendenz der Volksvereine gegen die Personen. Keineswegs! Nur von einer feindseligen Tendenz gegen die Grundsätze des Ministeriums sprach ich, — und wenn man bedenkt, daß sich mehrere Mitglieder des Landes-Ausschusses, des Brennpunkts der Volksvereine, mit anerkennender Offenherzigkeit für die Republik ausgesprochen, und zwar nicht bloß für die ideale, wenn man erwägt, wie in manchen Volksvereinen und durch manche Volksvereine für den Grundsatz der Volksherrschaft, d. h. für das Recht gekämpft wird, die Verfassung einseitig abzuändern und den König abzusetzen, oder, wie man sich jetztlicher ausdrückt, die Form selbst zu bestimmen, nach

welcher man regiert seyn wolle, wenn man sieht, mit welcher Einstimmigkeit die Abgesandten der Volksvereine, wenn sie tagen, die Ueberzeugung aussprechen, die Zustände bessern sich nicht, bis alle Fürsten fortgejagt seyen, und wenn man mit solchen Aeußerungen neben dem offen ausgesprochenen republikanischen Wirken eines Theiles der Presse das Bestreben in Verbindung setzt, ein Wahlrecht in weitester Ausdehnung ins Leben zu rufen, den Eid für den Fürsten aus der Verfassung zu streichen, das Veto zu beseitigen und die Regierung mit Hintansetzung ihres Mitwirkungsrechts bei der Gesetzgebung lediglich in eine Vollstreckerin des Volkswillens umzuwandeln, wenn man alles dieses in Betracht zieht, so kann man nicht in Abrede stellen, daß die Volksvereine, oder vielmehr deren Führer, einen dem Ministerium durchaus entgegengegesetzten Weg verfolgen, sie versichern zwar, ihr Bestreben sey ein ganz unschuldiges und gesetzliches, indem man, entfernt von allen Gewaltversuchen, bloß durch die Macht der Ueberzeugung wirken wolle. Allein so gerne ich glauben wil, daß auch die Vereinsführer keine verbrecherischen Versuche machen werden, so hat doch die Versicherung, man werde bloß auf dem Wege des Gesetzes fortschreiten, in meinen Augen nicht die geringste Bedeutung. Denn will man den Zweck erreichen, so muß man den Weg des Gesetzes verlassen, man muß, wenn man den Zeitpunkt für geeignet halt, zur Gewalt schreiten, weil die Republiken nicht vom Baume fallen, wie überreife Birnen. — Man verweist auf das seiner Zeit vielbesprochene Programm des Rechtskonsulenten Robert Römer, welcher ein Sohn von mir ist. Ich gestehe, daß ich mich des Lachelns nicht enthalten konnte, als ich vernahm, welcher Beifall jener jugendlichen Arbeit zu Theil wurde, die Konstitutionelle und Republikaner in Einen Topf wirft und von solchem Gebrauch einen heilsamen Trank erwartet. Was wird aus den Lämmern, wenn man sie mit den Wölfen zusammensperret? Die Wölfe sind die Republikaner, die Lämmer die Konstitutionellen. Nicht als ob ich behaupten wollte, daß nur ein Lamm konstitutionell gesinnt seyn könne, oder daß die Republikaner gewaltige reißende Thiere seyen, nein, denn es giebt eben so gut republikanische Schafe, wie konstitutionelle; aber wenn Konstitutionelle und Republikaner gemeinschaftlich operiren, so liegt es in der Natur der Dinge, daß die letzteren, weil sie etwas Neues erstreben, ihren Endzweck energischer verfolgen, als die ersteren, deren Endzweck im Erhalten und Entwickeln des Gegebenen besteht. Die Konstitutionellen werden daher, wenn auch unbewußt, stets für die Zwecke der Republikaner arbeiten, sobald sie im Bündnisse mit diesen handeln. — In einem freisinnig regierten Staate muß es erlaubt seyn, innerhalb der Grenzen des Gesetzes soziale, politische und religiöse Ansichten offen auszusprechen und zu verteidigen. Aber kein wohlorganisirter Staat darf gleichgültig zusehen, wenn seine Existenz dadurch taglich in Frage gestellt wird, daß die Grundsätze der Demokratie, sey es vorerst auch nur in der Theorie, auf die Spitze getrieben werden, weil sonst in den öffentlichen, so wie in den Privatverhältnissen eine Unsicherheit entsteht, welche geeignet ist, das Verderben des Einzelnen, so wie des Ganzen herbei zu führen. Mag man von der Republik, und insbesondere von der sozialen Republik (denn um letztere handelt es sich jetzt, die Aenderung der Regierungsform ist nur das Mittel zum Zweck) denken was man will, in

keine Berücksichti-

ria Schule,
ffers Wittwe.orf.
pfehlung.ule des Unterzeich-
e dieses Frühjahrs
1000 Stücke hoch-
Apfel-, Birn- und
äume zu billigen
werden. Für Recht-
garantirt, auch ist
er Böglinge durch
niß bewiesen.
ner Gänfle.
zflösterle,
Magold.u i f.
jeht wieder be-
nicht umbin, allen
nde, kräftige
Baume wünschen,
le, Gärtners in
pfehlen; denn wir
, daß aus seiner
genannten Treib-
, die früher oder
rand re. erliegen.
genen Privat-Er-
en in der Gemeinde
daß Herrn Gänß-
Fortkommen hier
derselbe für ächte
garantirt.Februar 1849.
i f Schraft.
i f von Enzthal:
r b a r d.
S c h r a f f t.a i g.
f k a u f.
sucht gegen so-
zu kaufen:nt,
und
strob.
nd sowohl, als
durchaus qu-
mmliches fracht-
eden, und wird
ngen fürs Heu
6 kr., fürs Ha-
es Roggenstrob
nd nicht unter
bezahlt.n sich in Wäldern
nn Boger.

Deutschland ist, mit Ausnahme der s. g. freien Städte, das monarchische Prinzip in der Weise herrschend, daß ein Monarch, mit dem Erbfolgerecht für seine Familie, an der Spitze des Staats steht, und durch Minister regiert, welche der Volksvertretung verantwortlich sind. — Hiernach hat das Volk die Macht in der Hand, zu bestimmen, auf welche Weise es regiert seyn will, und seine Machtvollkommenheit ist nur dadurch beschränkt, daß es die Spitze des Staats nicht antasten darf. Um diese Beschränkung nun handelt es sich. Sie ist den Anhängern der Partikularvolksouveränität ein Dorn im Auge. Zwar sehen die Verständigeren von ihnen ein, daß, so lange Staaten wie Oestreich, Preußen, Bayern nicht nur monarchisch regiert werden, sondern auch der großen Mehrzahl nach monarchisch gesinnt sind, an die Einführung einer württembergischen Republik nicht zu denken ist. Allein diejenigen, denen die Theorie, so wie diejenigen, denen der Umsturz über Alles geht, wollen durch verfassungsmäßige Aufstellung ihres Grundsatzes — sich wenigstens die Zukunft sichern und so den positiven Rechtsboden stets aufgelockert erhalten. Dieses aber mit aller Macht zu verbinden, ist Sache des Märzministeriums, welches mit Zustimmung des ganzen Landes nicht der Republik, sondern der verfassungsmäßigen Monarchie den Eid der Treue geschworen hat. An diesem Eide wird es um so mehr festhalten, als es von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß es noch weit mehr im Interesse des Volkes als des Fürsten liegt, das geistliche Betragen, die schwankende Rechtsicherheit wieder zurück zu führen, wozu beides nur dann möglich wird, wenn man nicht duldet, daß die Verfassung in Beziehung auf die Regierungsform einer Abänderung unterworfen werde. Mag auch die radikale Presse, mögen manche Volksvereine mit noch so großer Zuvornheit behaupten, die Republik sey für Württemberg unvermeidlich, ja, sie liege bereits in der Luft, — ich habe alle Ursache, vom Gegentheil überzeugt zu seyn, und wenn jene Behauptungen nicht den Zweck haben, durch die Zuvornheit des Tons Anhänger zu gewinnen, so zeigen ihre Urheber, daß sie noch im Flügelkleide der Erfahrung einberwandeln. Manches kann man allerdings dadurch zu Stande bringen, daß man die Meinung terrorisirt, daß man denjenigen, der gegen den Umsturz ist, einen Heuler nennt, den Abgeordneten, der nicht im Sinne des Radikalismus stimmt, einen Volksverräter, den Beamten, der das Gesetz gehandhabt wissen will, einen Reaktionsär oder Bureaufraten, den Gegner konstitutioneller Verfassungen einen Geldsack und den strengen Anhänger der christlichen Lehre einen Pharisäer. In Wirklichkeit aber bedarf es eines geringen Grades von Muth, um den Löwen des Tages entgegen zu treten, und diejenigen, welche jetzt unter dem Eindrucke der Angst manches thun, was ihrer innersten Natur zuwider ist, werden, wie ich hoffe, in nicht entfernter Zeit darüber staunen, daß sie vor so geringer Gefahr so große Furcht haben hegen können. Zwar hat die Noth der letzten Jahre eine nicht unberächtliche Zahl von Handwerkern und Arbeitern auf jene Seite getrieben, aber diese Klasse von Bürgern, für welche die Regierung thut, was möglich ist, wird einsehen lernen, daß sie durch den Mißbrauch der Presse und des Vereins- und Versammlungsrechts kein Brod erhält, und daß die Arbeit in demselben Maße abnimmt, in welchem die künstliche politische Agitation geizigert wird. Zur Gewalt aber werden sie nicht schreiten wollen, weil sie doch wohl einsehen, daß der Regierung d. h. nöthigen Mittel zu Gebot stehen, um

jedem Umsturzversuche ein schnelles Ende zu bereiten. Aber eben so wenig als das Ministerium die Republik will, will es für die Anhänger derselben dadurch zur Brücke dienen, daß es auf geglättete Bestimmungen Verzicht leistet ohne welche die Monarchie in der Luft schwebt, und ohne welche die Rechtsicherheit fortwährend in Frage gestellt bleibt. Daß mit dem besten Willen kein Werk für die Ewigkeit gegründet werden könne, liegt in den menschlichen Verhältnissen; aber der Gegenwart Rechnung zu tragen und eben deshalb dem Ueberstürzen Einhalt zu thun, ist Pflicht, und zwar nicht sowohl im Interesse des Bestehenden, als im Interesse der Freiheit, die nach meiner Ueberzeugung keine gefährlicheren Feinde hat, als ihre jetzigen Vorkämpfer. Denn die Reaktion wird nur dann mit Erfolg auftreten können, wenn man die bestehenden Gewalten nöthigt, für ihre Existenz in die Schranken zu treten. Wer zu viel will, erhält gar nichts. In diesem Sinne habe ich seiner Zeit als Abgeordneter gewirkt, und wenn der Landes-Ausschuß in Stuttgart sich nicht scheut, anzudeuten, ich habe in meiner jetzigen Lage meine früheren Grundsätze verleugnet, so beweise er dieses nicht durch allgemeine Redensarten, auf die kein Vernünftiger einen Werth legt, sondern durch die ständischen Protokolle. Wie Herr Bescher einen solchen Satz unterschreiben mochte, ist mir unbegreiflich, da er erst vor kurzer Zeit in der Kammer der Abgeordneten erklärte, mein politisches Benehmen habe durch meine veränderte Stellung nicht die geringste Umwandlung erlitten. Doch — der Landes-Ausschuß führt Beispiele an. Zunächst die Aufhebung des demokratischen Kreisvereins. Auf diesen Vorwurf habe ich schon oben geantwortet. Sodann die Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in Preßprozessen, aber ohne Geschworene. Der Redakteur des Beobachters, Hr. Weisser, begrüßte diese Verordnung seiner Zeit mit Jubel, und jetzt ist sie ihm ein Anklagepunkt gegen mich. Lediglich zu Gunsten der Presse wurde die Verordnung erlassen, und wenn man ein Geschworenen-Verfahren damit hätte verbinden wollen, so hätte man die Stände einberufen, ein Geschworenen-Gesetz vorbereiten und in den Kammern zum Abschluß bringen müssen, wodurch die in der Oeffentlichkeit liegende Garantie auf lange hinausgeschoben worden wäre. Ein weiterer Anklagepunkt besteht darin, daß wir den Befehl über die württembergischen Truppen auf eine Bedenkenerregende Weise aus den Händen des verantwortlichen Kriegsministers gegeben haben. Wer die hierüber erlassenen Instruktionen liest, wird eine solche Behauptung nicht aufstellen können, wenn sie aber gegründet ist, so ist es Sache der Stände, gegen das Ministerium das Geeignete einzuleiten. Weiter beschwert sich der Landesauschuß darüber, daß die Gesandten im Auslande nicht sofort abberufen worden seyen. Welchen Zeitpunkt der Landesauschuß durch das Wort „sodann“ bezeichnen will, weiß ich nicht, aber das weiß ich, daß die Gesandten im Auslande schon längst abberufen worden sind. Der Gesetzesentwurf über das Verfahren vor Geschworenen liefert den Herren des Landesauschusses gleichfalls Stoff für den Tadel. Es werde dadurch die Fähigkeit, Geschworener zu seyn, auf eine kleine Anzahl Höchstbesteuerten und Kapacitäten beschränkt. Wer unsere Vermögensverhältnisse kennt und die großen Opfer beachtet, welche ein Geschworener zu bringen hat, wird die Einführung eines Censur, von dem, beiläufig gesagt, nicht abgegangen wird, natürlich finden. Was sodann der Landesauschuß gegen die Niederlegung

einer Dr.
begründet
lichen Ar
meiner A
Staatsve
wohl auf
Anstehen
meinen
dieses in
beschrän
weiter vo
gierung,
sen, dess
selben in
bänken s
ist, und
mission d
tert wort
diese Beh
mission u
Geheimen
die Mitgl
ren Regie
ganisation
Staats-
die große
Beamten
einzelnen
und da
ganisation
ten wir
ten. Nu
dem früh
willen, d
wußtseyn
legen; ab
Lappere,
fiastische
hätte mit
ähnliche
bei Seite
solcher U
ich einem
Dienste le
griffe hab
ist dieselb
gegenwärt
lich vertre
Vorwurf
der Stand
wegen des
und die
nisse zu d
teln gest
erst durch
17. Janu
mußte da
7. August
diesem S
Landesaus
mals in
beweist er
Taktik.

zu bereiten. Aber Republik will, will zur Brücke dienen, nicht leistet ohne, und ohne welche gestellt bleibt. Für die Ewigkeit menschlichen Verstand zu tragen und zu thun, ist Pflicht, Bescheidenden, als einer Ueberzeugung jegigen Vorkämmer mit Erfolg auf den Gewalten nicht zu treten. Wer diesem Sinne habe, und wenn der Scheit, anzudeuten, die früheren Grundgedanken durch allgemeine einen Werth legt. Wie Herr Bescheid, ist mir unklar der Kammer der Bescheidmen habe die geringste Umstände - Ausschuss führt des demokratischen habe ich schon oben der Deffentlichkeit über ohne Geschworenen Hr. Weisser, bei Jubel, und jetzt lediglich zu Gunsten verlassen, und wenn mit hätte verbinden dürfen, ein Geschworenen Kammern zum Absehen der Deffentlichkeit oben worden wäre. daß wir den Bescheid auf eine Bedenklichen verantwortlichen die hierüber erlassene Behauptung nicht ändert ist, so ist es um das Geeignete des Landesauschusses Klände nicht sofort Punkt der Landeszeichnen will, weiß Gesandten im sind. Der Geschworenen liefert Stoff für den Geschworenen zu seyn, und Kapacitäten bezeichnen kenne und Geschworenen zu Censur, von dem, natürlich finden. die Niedersetzung

einer Organisationskommission vorbringt, ist durchaus unbegründet. Daß die Minister bei der Masse ihrer ordentlichen Arbeiten in einer so außerordentlichen Zeit und bei meiner Abwesenheit in Frankfurt die Reorganisation der Staatsverwaltung nicht selbst bearbeiten können, liegt doch wohl auf offener Hand. Wenn sie der Kommission ihre Ansichten über die einzuleitenden Reformen nur im Allgemeinen und nicht im Besondern mittheilen, so geschah dieses in der Absicht, die Kommission möglichst wenig zu beschränken. Wenn dieselbe in ihren Arbeiten noch nicht weiter vorgerückt ist, so liegt die Schuld nicht an der Regierung, welche es an Ermahnungen nicht hat fehlen lassen, dessen nicht zu gedenken, daß einige Mitglieder derselben in Frankfurt und Stuttgart auf den Abgeordnetenbänken sitzen, und daß Kanzler v. Wächter ausgetreten ist, und wenn von unbrauchbaren Arbeiten dieser Kommission die Rede ist, die im Geheimrath noch verschlechtert worden seyn, so weiß ich nicht, auf welchen Notizen diese Behauptung beruht, da bis jetzt keine von der Kommission unmittelbar ausgegangene Arbeit die „Weihe“ des Geheimraths erhalten hat. Endlich wird getadelt, daß die Mitglieder derselben meist aus Anhängern des früheren Regierungssystems bestehen. Da es sich bei der Reorganisation hauptsächlich um Abänderung des bestehenden Staats-, Kirchen- und Schulwesens handelt, so mußte die große Mehrzahl der Mitglieder aus geschäftskundigen Beamten bestehen, denen die Befugniß erteilt wurde, in einzelnen technischen Fällen Sachverständige beizuziehen, und da wir im März 1848 ins Amt traten und die Organisationskommission im Mai 1848 ernannten, so mußten wir uns an die Beamten des früheren Systems halten. Nun ist mir zwar bekannt, daß Manche, welche dem früheren System, wenn auch vielleicht mit Widerwillen, dienten, dasselbe in Folge der Macht des Zeitbewußtseyns mit dem Prädikate „verabscheuungswürdig“ belegen; allein wenn dieses Zeitbewußtseyn Furchtsame in Tapfere, Konservative in Radikale und Servile in enthusiastische Anhänger der neuen Zeit verwandelt hat, warum hätte mit den „Anhängern des alten Systems“ nicht eine ähnliche Metamorphose vorgehen können? Indessen Scherz bei Seite; was mich betrifft, so bin ich zwar kein Freund solcher Umwandlungen, und nach meinen Gefühlen möchte ich einem verabscheuungswürdigen Systeme nie meine Dienste leihen, aber ich gebe zu, daß Andere andere Begriffe haben können, und was die „Neuzeit“ anbelangt, so ist dieselbe in der Organisationskommission — man vergewärtige sich die Namen ihrer Mitglieder — hinlänglich vertreten. Die Spitze der Anklagepunkte bildet der Vorwurf, daß wir den Geheimrath und die Kammer der Standesherren nicht schon längst beseitigt haben. Aber wegen des Geheimraths allein die Stände einzuberufen und die Verfassung abzuändern, wäre nicht im Verhältnisse zu dem Aufwande an den hiezu erforderlichen Mitteln gestanden, und die Beseitigung der Standesherren ist erst durch die Promulgation der Grundrechte — also am 17. Januar 1849 — rechtlich möglich geworden. Es mußte daher das Verlangen des Landesauschusses vom 7. August 1848 um Einbringung eines Wahlgesetzes in diesem Sinne unberücksichtigt bleiben. Oder glaubt der Landesauschuss im Ernste, die Privilegirten würden damals in ihre Selbstauflösung eingewilligt haben? Dann beweist er, daß er weder ihre Stellung kennt, noch ihre Taktik. Wenn sich endlich der Landesauschuss über die

Masse von Gesetzen beklagt, welche den Ständen vorgelegt worden seyn, so übersieht er, daß dieselben meist auf Verlangen der Kammer der Abgeordneten vorgelegt worden sind. Dem Ministerium kann deshalb kein Vorwurf gemacht werden, denn es weiß, daß gute Gesetze in einer so bewegten Zeit nicht geschaffen werden können. Wenn die Freisinnigeren im Volke gegen das Ministerium kalter geworden sind, so bleibt demselben nichts anderes übrig, als seinen Posten an Bessere abzutreten, denn es sucht seine Stütze in den Freisinnigen; wenn es indessen außer dem Landesauschuss und seinen unbedingten Anhängern noch Freisinnige gibt, und wenn die Vertrauensadressen, die uns zu Theil werden, nicht der Mehrzahl nach aus Freunden der Reaktion bestehen, so können wir vorläufig im Amte bleiben, es wäre denn, daß, worauf der Landesauschuss hindeuten zu wollen scheint, bei solchen Adressen die Schmeichelei eine Hauptrolle spiele, was wir jedoch nicht annehmen können, da durch die Thatsache, daß sich Regierungsrathe an die Spitze der Opposition gegen uns setzen, Jedem klar werden muß, daß wir auf die Ansichten unserer Mitbürger keinen hemmenden Einfluß ausüben wollen. — Mein politisches Leben ist seit 1833 für jeden Württemberger ein offenes Buch. Wem es darum zu thun ist, der lese darin, und wenn er findet, daß ich mir in irgend einem Punkte untreu geworden bin, so verdamme er mich. J. Römer.

Mittheilungen des Gewerbevereins.

Der Gewerbeverein glaubt den betreffenden Gewerbetreibenden einen Dienst zu leisten, wenn er aus den gewerblichen Zeitschriften Nachrichten über Verbesserungen, Erfindungen etc., so weit sie eine allgemeinere Anwendung zu leiden scheinen, veröffentlicht, und macht für dieses Mal den Anfang mit folgenden Mittheilungen.

1) Ueber das Verstählen des Eisens.

Um dem Schmiedeeisen eine solche Verstählung, welche das Schweißen und wiederholtes Bearbeiten gestattet, zu verschaffen, dient folgendes Verfahren. Man taucht schweißendes Weicheisen in geschmolzenes Roheisen ein, wobei es dann von der Zeitdauer des Eintauchens abhängt, bis zu welcher Tiefe die Stahlbildung in das Innere des Eisens eindringen soll. Dieses Verfahren kann zur Verstählung von Ackergeräthsstücken, Ketten, Zapfen für stehende und liegende Wellen, Keilen zu Dampfmaschinen angewendet werden. Dagegen auf feinere Artikel ist es nicht geschickt anzuwenden, weil durch die dabei stattfindende Ansetzung von rohem Stahl eine Zunahme der Masse stattfindet.

Dieses Verfahren hat nur die Schwierigkeit, daß während des Verstählens geschmolzenes Roh- oder Gußeisen vorhanden seyn muß, dessen Herstellung einen erheblichen Aufwand von Brennmaterial erfordert. Diesem Uebel wird aber dadurch abgeholfen, daß man an die Stelle des geschmolzenen Roheisens Roheisenpläne, Dreh- oder noch besser Feilspäne anwendet, das schweißende Eisen in einen Haufen derselben hineinführt, und so lange darin herumdreht, bis eine genügend dicke Stahlhülle gebildet ist. Durch öftere Wiederholung läßt sich die Stahlbildung bis zu jeder beliebigen Weite treiben. Die durch dieses Verfahren gebildete Stahlhülle ist ebenso dauerhaft, als die durch das Eintauchen in Roheisen.

Polytechnisches Notizblatt 1849, No. 1.

2) Verbesserung im Furnieren.

Man legt zwischen die Furniere (zwischen die Kanten der auf dem Blindholz zu vereinigenen Holzblätter) einen baumwollenen oder leinenen Canवास. Das Zeug und die Theile des Holzes, welche an einander geüzt werden sollen, überzieht man zuerst mit Leim, fügt die Holzstücke nach dem Dazwischenbringen des Zeugs an einander und vereinigt sie dann auf bekannte Weise durch Pressen. Das zwischengelegte Zeug, welches jedem Theile des anliegenden Holzstückes fest anhängt, bewirkt, daß das Furnier nicht abspringen, oder das Blindholz, worauf es angebracht ist, verlassen kann. Zwei außerordentliche dünne Furnier, welche man auf diese Weise vereinigt hat, sind stärker und dauerbarer, als bei weitem dickere Holzstücke, welche auf gewöhnliche Art mit einander verbunden werden.

Dieses Verfahren eignet sich besonders zum Furniren ungleicher Oberflächen, oder für Fälle, wo das Furnierholz aus seiner natürlichen Krümmung gebogen werden muß. Namentlich können nach diesem Verfahren hölzerne Röhren hergestellt werden, wobei man folgendermaßen verfährt: Man rollt zuerst ein Furnier- oder Holzblatt um einen Stab oder Cylinder, und preßt es mittelst einer Schnur in die erforderliche Gestalt; dann rollt man das mit Leim gesättigte Zeug dicht um das so gestaltete Furnier herum; endlich trägt man ein anderes Furnier- oder Holzblatt auf dem Zeug auf, und bringt es durch Pressen mit jedem Theile des Zeugs in Berührung; durch Rollen über einen Ofen kann die Vereinigung dieser Furniere mit dem dazwischen liegenden leimhaltigen Zeuge noch inniger gemacht werden.

(Polytechnisches Notizblatt 1848, Nr. 11.)

Nagold, den 7. März 1849.

Der Gewerbeverein.

Vorstand: K l a i b e r.

Der geheime Herr Hofrath an den Herrn Geheimerath.

Soll ich weinen oder lachen,
Bester Herr Geheimerath?
Titellos will man uns machen!
Ist das nicht ein Hochverrath,
Solchen Schandbeschluss zu fassen,
Der das Herz Millionen bricht?
Rein! mein Leben kann ich lassen,
Den „Geheimen Hofrath“ nicht!
Meine Frau bekam vor Schrecken
Eine Ohnmacht, jammervoll,
Daß sie mit der Schmach bedecken,
Sich nur „Frau“ noch schreiben soll.
„Frau, Madam“, wie Bürgers-
frauen,
Nichts „Geheimen“, gar nichts mehr!
O! wenn doch nur (im Vertrauen)
'S Parlament beim T — — war!
Meinen denn die Doktrinaire,
Unverschämten Angesichts,
Daß das so ein Bettel wäre,
Den man weggibt grad für nichts?
Lieber zweie meiner Finger
Gäh ich, wenn es nöthig, her;
Denn ich achte sie geringer,
Unersetzbar ist die Ehr!
Ist ein Büdel frisch geschoren,
Dufft und birgt er sich vor Scham;
Seine Herde ist verloren,
Selbst das Thier empfindet Gram.

Wie die feisch geschornen Hunde
Ihre Schweife ziehen ein,
So wirds uns in jener Stunde
Wald nun auch zu Muthe seyn.
Ohne alles Federlesen
Zieht man uns das Fell jetzt ab!
Was bin ich ein elend Wesen,
Wenn ich keinen Titel hab!
Welch ein schales edles Leben,
Wenn mich Niemand Hofrath nennt!
Wärs in meine Macht gegeben,
Ich? — ich sprengte's Parla-
ment!
Adam selbst, im Paradiese,
War nicht völlig titellos,
Denn bei Moses, mein ich, hieße
Er zuweilen „Erdenkloß“;
Kurz, die ganze Weltgeschichte
Kennt kein solches Attentat.
O! das trägt euch bitter Früchte;
Blut folgt solcher Frevelthat!
Unter uns bleibt es beim Allen,
Bester Herr Geheimerath!
Wollen treu zusammenhalten,
Sei im Wort, wie in der That! —
Solchen Schandbeschluss zu fassen,
Der das Herz Millionen bricht!
Rein! mein Leben kann ich lassen,
Aber meinen Titel nicht.

Reinigung und Erhaltung der Zähne.

Man nehme des Morgens Salz in den Mund und halte es unter der Zunge, daß es zergeht und sich auflöst und reibe die Zähne damit. Dieses ist wahrscheinlich die beste bekannte Art, die Zähne zu reinigen und zu erhalten.

Auswanderern

kann ich auch in diesem Jahre die sichersten und billigsten Ueberfahrts-Bedingungen auf guten Postschiffen anbieten. Dabei kann ich nicht unterlassen, solche Personen, welche fest entschlossen sind, dieses Frühjahr auszuwandern, darauf aufmerksam zu machen, daß jetzt noch die billigsten Preise gestellt werden können, indem in kurzer Zeit, wenn der Andrang sich mehrt, die Ueberfahrtspreise wieder steigen werden.

Zugleich ist bei mir eine kleine Schrift zu haben unter dem Titel:

Einladung nach dem Westen von Amerika und gründliche Beschreibung desselben. Mit besonderer Rücksicht für die Deutschen bearbeitet von Heinrich Tölke, evangelischem Prediger in Evansville und Bethlehem im Staate Indiana. Mit einem Anhang: Bedingungen und Bemerkungen für die Reise von Bremen nach den verschiedenen Seehäfen Amerikas,

die jedem Auswanderer nützliche Dienste leisten wird und nur 12 kr. kostet. G. Zaiser, Buchdrucker in Nagold.

Wichtig für alle Landwirthe.

So eben ist von Hrn. Studienrath Kapff eine Schrift erschienen unter dem Titel:

Sollen wir ablösen oder nicht?

Eine Ansprache an die Pflichtigen,

woraus jeder Landwirth und Bauer ganz leicht ersehen kann, was er künftig jährlich zahlen muß, wenn er ablösen will.

Dieses Schriftchen, das in keinem Hause fehlen sollte, kostet nur 12 kr. und ist zu haben bei

G. Zaiser, Buchdrucker.

Nagold.
Lehrjungen-Gesuch.
Einen ordentlichen Knaben nimmt in die Lehre
Joh. Georg Kächele, Hafner.
Horb.
Gewehre feil.
Ich habe einen neuen Stücker, ohne gezogen, mit polirtem Schaft, und ein gutes Jagdgewehr zu verkaufen.
Brischar.



Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.